

---

# Üble Nachrede: Rechtsextremer Stadtrat soll zahlen

Erneut hat ein Vertreter von Pro Chemnitz Ärger mit der Justiz. Doch weder er noch sein Anwalt erschienen vor Gericht.

---

VON MICHAEL MÜLLER

---

Jahre hatte es gedauert und viel ehrenamtliches Engagement war vorab vonnöten gewesen, bis es im Sommer vergangenen Jahres endlich soweit war und der Pavillon auf der Schloßteichinsel sich wieder in vorzeigbarem Zustand befand. Mehr als eine halbe Million Euro hat die Stadt für die Sanierung der denkmalgeschützten Anlage ausgegeben, darunter Tausende Euro, die Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger gespendet hatten.

Doch es dauerte nicht lange, da tauchten an dem Pavillon erste Schmierereien auf. Sie wurden rasch entfernt, doch weitere folgten. Mitte September dann war an einer der Wände plötzlich die Aufschrift „Antifa Insel“ zu lesen, versehen mit der Aufforderung „Bekämpft Faschisten überall!“ in englischer Sprache. Robert Andres, Stadtrat der extrem rechten Vereinigung Pro Chemnitz und im aktuellen Verfassungsschutzbericht für Sachsen als bekannter Neonationalsozialist bezeichnet, soll daraufhin bei Facebook kommentiert haben: „Erst frisch saniert und jetzt schon wieder von Frau Schaper ihren Antifa Bekannten zerstört.“ Es war Wahlkampf und Susanne Schaper, die Linken-Fraktionschefin im Stadtrat, kandidierte für das Amt des Stadtoberhauptes bei der Oberbürgermeisterwahl wenige Tage später.

Die heute 43-jährige stellte Anzeige. „Weil man sich nicht jede Lüge und Unterstellung gefallen lassen darf“, wie sie sagt. Die Folge: Andres erhielt wegen übler Nachrede einen Strafbefehl über insgesamt 1200 Euro. Weil er damit nicht einverstanden war, sollte die Sache am Mittwoch nun vor Gericht erörtert werden. Doch weder Andres noch sein Verteidiger, Pro-Chemnitz-Fraktionschef Martin Kohlmann, erschienen zur Verhandlung. Nach einer Viertelstunde vergeblichen Wartens erging das Urteil: Andres' Einspruch wird zurückgewiesen.

Der Fall ist nicht der erste im noch jungen Jahr, bei dem sich ein Vertreter der extrem rechten Gruppierung vor der Justiz verantworten muss. Erst vor wenigen Wochen wurde ein Prozess um einen Strafbefehl gegen einen Wirtschaftsberater eröffnet, der

zur Stadtratswahl 2019 für Pro Chemnitz kandidiert hatte. Er soll laut Staatsanwaltschaft mehrere Tausend Euro an Corona-Beihilfen zu Unrecht bezogen und für andere als die erlaubten Zwecke ausgegeben haben. Auch er war zur Verhandlung nicht bei Gericht erschienen. Wann dieser Prozess fortgesetzt wird, steht laut einer Justizsprecherin noch nicht fest.

Bild:

## Robert Andres

Stadtrat Pro Chemnitz

FOTO: TONI SÖLL/ARCHIV

Bildtext: Stein des Anstoßes: ein Graffito am Schloßteichpavillon. Urheber konnte die Polizei nie ermitteln. FOTO: HÄRTEL/A.